



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/133 - 13. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>17. Juni 1960</u> Beistand durch die Tat Von Günter Markscheffel	52
2 - 3	<u>Auf neuen Wegen zum alten Ziel</u> Das Programm der schwedischen Sozialdemokratie Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner	64
4 - 5	<u>Nicht im Geist des EWG-Vertrages</u> Der Fall Dr. Allardt - Wernung und Ansporn Von Ludwig Metzger, MdP	66
6	<u>"Reptilienfonds" inner durchsichtiger</u> 32 100 DM für "Berufsverband der Wehrbediensteten"	66
7	<u>In Feindschaft vereint</u> Grotewohl und von Hassel Hand in Hand	47

* * *
* * *

17. Juni 1960

Von Günter Markscheffel

Sieben Jahre sind vergangen seit dem 17. Juni 1953, an dem in Ost-Berlin und in zahlreichen anderen Städten Mitteldeutschlands die Arbeiter aufstanden und an den Ketten der SED-Diktatur rüttelten. Der Aufstand wurde blutig und zum Teil unter Einsatz sowjetischen Militärs niedergeschlagen. Der Durchbruch des Freiheitswillens vom 17. Juni 1953 aber wurde in der Bundesrepublik zum "Tag der deutschen Einheit".

Jeder Versuch, die Feiern, die überall aus Anlass dieses Tages veranstaltet werden, würdig und sinnvoll zu gestalten, sollte von der Überlegung ausgehen, wie wir unseren Brüdern und Schwestern in der Zone beistehen können.

Manch' einer wird sein Gewissen dadurch beruhigen, dass er sich vornimmt, in Zukunft mehr als bisher persönliche und menschliche Kontakte nach "Grüben" auszubauen. Andere wiederum glauben sicher, dass man die Wiedervereinigung mit kernigen Worten als das grosse politische Ziel aller Deutschen in Aussicht stellen muss. Wieder andere denken vielleicht, dass die Entwicklung der militärischen Kraft der ersuchten Tag der Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes herbeiführen wird.

Es ist fraglich, ob alle diese Überlegungen, oder einige von ihnen, den Menschen in der Zone die Kraft und die Hoffnung geben werden, die sie brauchen, um ihr schweres Schicksal ertragen zu können. Deshalb sollte bei uns hier mehr geschehen, als feiertägliches Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953.

Wir sollten uns alle in den festen Vorsatz zusammenfinden, das demokratische und soziale Leben in der Bundesrepublik so gesund und krisenfest zu gestalten, dass es die Diktatoren von Pankow zwingt, mit diesem unseren Bemühen Schritt zu halten. Das Höchstmass sozialer Gerechtigkeit, die Freiheit des Einzelnen und die Freiheit des Volkes in der Bundesrepublik, die Aufstiegsmöglichkeit aller Begabten und damit die Anerkennung der Leistung auf jedem Gebiet - das alles muss so selbstverständlich und überzeugend werden bei uns, dass es als Ausdruck unseres Willens und unserer Welt die Diktatur bloßstellt und in Atem hält.

Wäre das eine Hilfe für die Menschen in Mitteldeutschland? Wir glauben es. Unsere gesellschaftlichen Leistungen, vollbracht in Freiheit und Selbstbewusstsein, werden das SED-Regime auch zu eigenen Leistungen anspornen und jede Verbesserung des Lebensstandards in der Zone, jede daraus folgende Lockerung des verkrampften Gesellschafts- und Staatensystems wird eine unmittelbare Hilfe für die Menschen, die dort leben müssen.

Das Regime von Pankow kann auf die Dauer einen Konkurrenzkampf mit der demokratischen Leistung nicht aus dem Wege gehen; es sei denn, man fände sich dort ab mit der steten Flucht von Tausenden, die die Freiheit wählen. Wir wissen aber, dass Pankow vor dieser Flucht Furcht hat, dass es versucht, die Menschen in der Zone zu halten. Auf die Dauer jedoch kann dies nicht gelingen. Pankow wird Leistungen anstreben müssen, die sich in dieser oder jener Form mit denen des Westens messen können.

So stellt sich uns in dieser verworrenen und spannungsgeladenen Zeit eine ganz klare Aufgabe; das Streben nach Vervollkommenung unserer freiheitlichen Lebensordnung mit dem Ziel, andere Gesellschaftsordnungen zu zwingen, mit uns zu wetteifern. Hier sehen wir den Ansatz zum politischen Handeln in Freiheit, zu einer Tat, die denen hilft, die unserer Hilfe so bedürfen und Hoffnung brauchen.

Auf neuen Wegen zum alten Ziel

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner

Grossen Raum hat auf dem Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie die Behandlung des Entwurfs für ein neues Parteiprogramm eingenommen. Der Entwurf wurde ohne Änderungen genehmigt. Ministerpräsident Tage Erlander, der die Programmdiskussion eingeleitet und abgeschlossen hatte, hob hervor, daß das neue Parteiprogramm an den grundlegenden Wertungen und Zielsetzungen des Sozialismus festhält, daß es aber für die Gestaltung der praktischen Politik grosse Freiheit läst und der Tatsache Rechnung trägt, dass dank dem sozialdemokratischen Einsatz die kapitalistische Gesellschaft sich in Schweden bereits in eine gemischte Wirtschaft verwandelt hat, in welcher je nach Zweckmäßigkeit staatliche, gemeinnützige und private Unternehmen bestehen und die Interessen der Allgemeinheit durch eine rigorose Gemeinschaftskontrolle der Wirtschaft und durch die Finanz- und Sozialpolitik wahrgenommen werden.

Die Programmdiskussion beschränkte sich im wesentlichen auf eine grundsätzliche Aussprache über das Gleichheitsprinzip, denn das Programm anerkennt Einkommensdifferenzen auf Grund persönlicher Leistungen, bekämpft aber Privilegien und Machtmissbrauch, ferner auf das Verhältnis zwischen dem State und der lutherischen Staatskirche, die in Schweden u.a. die Volkstuchführung besorgt; dieses Problem wird ferner von einem Parlamentsausschuss geprüft. Die Einführung der republikanischen Staatsform, die nach wie vor im Parteiprogramm gefordert wird, war ein anderer Diskussionspunkt, und dem Parteivorstand wurde aufgetragen, die Stellung und die Befugnisse des Staatsoberhauptes in einem parlamentarisch-demokratischen Staatssystem von einem Reichstagsausschuss untersuchen zu lassen.

Sehr wesentliche Programmpunkte, wie z.B. die Verteidigungsfrage, der weite Bereich der Solidaritätshilfe für die Entwicklungsländer, die Wohnungsfrage, Kultur- und Erziehungsprobleme, die Frage des riesigen Kapitalbedarfes für die grossen Gemeinschaftsaufgaben, die nahe bevorstehen, waren im Zusammenhang mit den 131 Anträgen der Parteigliederungen in ausführlichen Diskussionen behandelt worden. Hinsichtlich des Wohnungsbaues führte Sozialminister Torsten Nilsson u.a.

aus, dass in Schweden alljährlich aus Gemeinschaftsmitteln eine Milliarde Schwedenkronen (ca. 800 Millionen DM) für den Wohnungsbau aufgebracht, und dass pro Jahr jetzt 70 000 neue durchweg moderne Wohnungen gebaut werden (bei nur 7,400 000 Einwohnern).

In seiner Schlusseresolution wurde die Forderung aufgestellt, daß bis zum nächsten Parteikongress 1964 der gesetzliche Arbeiterurlaub von drei auf vier Wochen ausgedehnt werden soll. Die Arbeitsmarkt-Politik soll noch weiter ausgebaut werden, um das Recht auf Arbeit zu sichern und grössere Freiheit in der Wahl des Arbeitsplatzes zu geben. Besonderes Augenmerk wird den Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugend, der Gleichberechtigung der Frauen in Ausbildung, Arbeit und Aufstiegsmöglichkeiten, dem Ausbau der Krankenpflege, den Verkehrs-einrichtungen und der Energieversorgung gewidmet. Die Wirtschaftspolitik soll einer raschen Entwicklung und Stabilität sowie der Vollbeschäftigung dienen. In der schwedischen Neutralitätspolitik, die den Frieden und die Unabhängigkeit sichern soll und für welche in erster Linie die Sozialdemokratie die Verantwortung trägt, soll Unverändert festgehalten werden.

Mit diesem Programm hofft die Partei den Versuch der Konservativen, durch soziale Abrüstung Spielraum für Steuererleichterungen bei höheren Einkommen zu schaffen, zurückzuschlagen und bei den Reichstagswahlen im Herbst 1960 einen Sieg erringen zu können.

Die Wahlen im Gen Partivorstand ergaben keine wesentlichen Änderungen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Anträge an den Kongress und die Diskussionen ein imponierendes Bild innerer Geschlossenheit und geistiger Lebendigkeit geboten haben, und dass die Beschlüsse den von sozialistischer Gesinnung beseelten Reformwillen einer verantwortungsbewussten Regierungspartei spiegeln, welche - stolz auf ihre Leistungen - auf überspitzte Formulierungen verzichtet und die Politik in Wort und Tat als die Kunst des Möglichen betrachtet.

Nicht im Geist des EWG-Vertrages

Von Ludwig Metzger, MdB

Die Meldung, daß der deutsche Botschafter Dr. Helmut Allardt seine Stellung als Generaldirektor für überseeische Länder und Gebiete in der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgeben und in das Auswärtige Amt in Bonn zurückkehren wird, läßt aufhorchen. Offensichtlich handelt es sich bei Dr. Allardt um einen Akt der Resignation. Die Befürchtungen, daß man sich den der EWG assoziierten afrikanischen Gebieten gegenüber nicht so verhält, wie es Sinn und Wortlaut des EWG-Vertrages verlangen, werden verstärkt.

Mit einem Durchführungsabkommen zum EWG-Vertrag ist ein Entwicklungsfonds gebildet worden, aus dem soziale Einrichtungen und wirtschaftliche Investitionen in den überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten finanziert werden sollen. Für die Bewilligung sind teils der Ministerrat, teils die Kommission - also Organe der EWG - zuständig, der Kommission obliegt die verwaltungsmäßige Durchführung. Obwohl eine ganze Reihe von Projekten entscheidungs- und durchführungsreif sind, kommt die Kommission - mindestens soweit assoziierte Länder, die der Französischen Gemeinschaft angehören - nicht voran. Die Projekte ruhen zum Teil seit vielen Monaten. Das liegt daran, daß sich französische Stellen eingeschaltet haben und alle möglichen Bedingungen stellen. So wollen sie zum Beispiel nicht, daß Arbeiten für Projekte in afrikanischen Ländern der Französischen Gemeinschaft an nichtfranzösische Unternehmen vergeben werden. Zumindest, so fordert man, sollen Unternehmer, die Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der EWG als Frankreich sind, mit einem französischen Unternehmer verbunden sein.

Es liegt auf der Hand, daß solche Forderungen den Geist des EWG-Vertrages widersprechen. Das Verfahren stimmt aber auch eindeutig mit dem Wortlaut des Vertrages nicht überein. Die außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete sind nämlich nach Artikel 131 des Vertrages der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft selbst assoziiert. Zu ihr sind unmittelbare Rechtsbeziehungen entstanden. Die Gemeinschaft ist von ihren 6 Mitgliedsstaaten unterschieden; sie besitzt eigene Rechtspersönlichkeit. Im Verhältnis zu den assoziierten Ländern ist sie der Partner, nicht aber sind es die einzelnen Mitgliedstaaten, auch nicht, soweit sie "besondere Beziehungen" zu den assoziierten Ländern haben oder gehabt haben.

Diese juristischen Überlegungen sind keineswegs nur von theoretischer Bedeutung. Sie haben, wie uns die Erfahrung lehrt, weittragende praktische Bedeutung. Wenn direkte Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten Ländern bestehen, müssen die Organe der Gemeinschaft - hier also die Kommission - die Möglichkeit haben, ihre Aufgabe gegenüber den assoziierten Ländern unmittelbar, ohne das Dazwischenreden eines Mitgliedsstaates, abzuwickeln. Die Kommission hat sogar die vertragsmäßige Pflicht, auf ihrer Zuständigkeit zu beharren und für schnelle und reibungslose Erledigung der anfallenden Arbeiten zu sorgen. Das ist auch aus politischen Gründen dringend nötig. Es muß notwendigerweise Enttäuschung und Mißmut entstehen, wenn bei den afrikanischen Ländern Hoffnungen erweckt werden, die nicht oder nur sehr schleppend in Erfüllung gehen. Das haben wir als Mitglieder der Sonderdelegation des Europäischen Parlaments, die letzten Sommer Zentralafrika bereist hat, erfahren. Alle Verantwortlichen sollten sich den alten Satz immer wieder ins Gedächtnis rufen: "Doppelt gibt, wer schnell gibt".

Leider ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß Dr. Allardt an den Widerständen gescheitert ist, die seinen Bestrebungen, rasch zu helfen, entgegengesetzt worden sind. Wir - die Bundesregierung und ihre Vertreter im Ministerrat an der Spitze - haben alle Verantwortung, wachsam zu sein. Nur wenn wir die selbständig werdenden afrikanischen Völker davon zu überzeugen vermögen, daß wir ihnen wirkungsvoll und uneigennützig helfen wollen, werden wir dem Vorwurf entgehen, daß Europa immer noch in einem Neokolonialismus verstrickt sei.

Anläßlich der Verhandlungen über den Abschluß und die Genehmigung des EWG-Vertrages haben Repräsentanten der Bundesrepublik in Regierung und Parlament klar gemacht, daß die EWG kein Instrument eines solchen Neokolonialismus sein darf. Sorgen wir deshalb dafür, daß Maßnahmen durchgeführt werden, die keinen Zweifel zulassen. Der Fall Dr. Allardt sei uns eine Warnung und ein Ansporn.

+ + +

"Reptilienfonds" immer durchsichtiger

sp - Die "Frankfurter Rundschau" hat am Wochenende einen neuen Mißbrauch des sogenannten Reptilienfonds beim Bundeskanzleramt aufgedeckt: 32 100 DM sind aus diesem Fonds an den "Berufsverband der Wehrbediensteten", eine "gelbe" Gewerkschaft, gezahlt worden, die mit deutlicher Spitze gegen die DGB-Gewerkschaft ÖTV und die DAG ins Leben gerufen worden war. Die Unterstützung der Bundesregierung war dem Verband von Anfang an sicher. Bundesverteidigungsminister Strauß hatte ihm sein Wohlwollen mit der Bemerkung versichert, daß er in "vorteilhaften Gegensatz" zu anderen Organisationen stehe. Der Vorstand des Verbandes, der inzwischen zum Tarifpartner der Bundesregierung für die Wehrbediensteten erhoben wurde, versicherte seinerseits, daß er seine Entschlüsse "immer im Interesse unseres obersten Dienstherrn" fassen würde. Der Sinn der Verbandsgründung liegt darin, den Zivilbediensteten der Bundeswehr die Möglichkeit zu eröffnen, sich statt der beargwöhnten ÖTV oder der DAG einem dem Bundesverteidigungsministerium ergebenen Berufsverband anschließen zu können.

Daß für eine solche "Haus"-Gewerkschaft des Bundesverteidigungsministeriums, die dazu noch öffentlich gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund polemisiert, Steuergelder als Unterstützung gegeben werden ist ein Skandal. Es zeigt, wie wenig der Bundesregierung am Prinzip der unabhängigen Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern liegt. Jahreszuwendungen von rund 50 000 DM, die die Bundesregierung diesem Verband für seine Tätigkeit zahlt, sind ein nachträglicher Verrat an dem demokratischen Prinzip der freien Gewerkschaften, zu dem sich die Bundesregierung öffentlich bekennet, während sie ihm heimlich zuwiderhandelt.

Nachdem diese Zahlungen aufgedeckt wurden, müssen die Gewerkschaften darauf bestehen, daß diesem Verband die Tariffähigkeit aberkannt und jede Unterstützung seitens der Bundesregierung entzogen wird, ohne zwischen dem Bundesverteidigungsministerium, das diese Zahlungen veranlaßt haben dürfte, und den unabhängigen Gewerkschaften wieder ein Vertrauensverhältnis hergestellt werden kann. Wodurch die Gewerkschaften noch die demokratischen Parteien können hinnehmen, daß die Bundesregierung das Prinzip der Unabhängigkeit der Gewerkschaften in der Bundesrepublik durch die Unterstützung eines von ihr und drei Versicherungsgesellschaften "betreten" Hausverbandes aufhebt. Es darf in der Bundesrepublik nur unabhängige Gewerkschaften geben; andere können im Interesse der Arbeitnehmer und zur Förderung einer vielfältigen Gliederung des öffentlichen Lebens in demokratische und von der Regierung unabhängige Organisationen nicht geduldet werden.

Daß es sich bei den Zuwendungen an den Wehrbediensteten-Verband erneut um Zahlungen aus dem Geheim-Titel 300 des Bundeskanzleramtes handelt, und daß diese Zahlungen trotz aller Geheimhaltung doch bekannt wurden, ist ein interessantes Symptom: zehn Jahre lang läßt die Diskussion über diesen ständig anschwellenden Fonds unter der Tatsache, daß Einzelheiten über die Verwendung dieses Geldes kaum konkret nachzuweisen waren. Jetzt käufen sich die Fälle, in denen solche Einzelheiten bekannt worden: die Finanzierung des Holländers Jeap Swart und seines Oberländer-Rechtfertigungsausschusses, des Nachrichtenhändlers Koutaine, Honorare für eine entfernte Verwandte des Regierungspressechefs von Eckardt (zwei Einzelheiten, die "Der Spiegel" beigesteuert hat) - so daß man den Eindruck gewinnt, die Kontrolle über die Verwendung dieses auf 13 Millionen DM angewachsenen Fonds ist der Vielfältigkeit und Schlüsselrigkeit vieler dieser Ausgaben nicht mehr gewachsen. Für die Opposition im Bundestag, die immer das Parlament vor dieser Art von "Reptilienfonds" gewarnt hat, ist es eine nachträgliche Rechtfertigung ihrer Argumente, daß sich dieser Fonds schließlich zu überfressen scheint.

In Feindschaft vereint

Der forsche Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Mitvorsitzender der CDU, Kai Uwe von Hassel, und der etwas müde gewordene Ministerpräsident von Ulrichts Gnaden, Otto Grotewohl, werden sicherlich nicht einverstanden sein, über einen Beistand geschlagen zu werden. Zwischen beiden Männern liegen, zugegeben, grundverschiedene Welten. Der eine nennt sich einen christlichen Demokraten, der andere Baumeister eines "Neuen Deutschland", - ein anmaßendes Wort, denn was im Herrschaftsbereich dieses von Gnaden besonnenen Mannes geschieht, hat mit dem Werden und Wachsen eines neuen Deutschland nichts zu tun. Es ist eine Perversion des Sozialismus und der Demokratie.

Aber beide Männer haben etwas gemeinsam: beide sind die Gegnerschaft zur stärksten demokratischen Kraft im deutschen Volk, zur Sozialdemokratie. Beide haben auch Grund, diese Kraft zu fürchten. So ist es wohl auch kein Zufall, daß von Hassel und Grotewohl, wenn auch aus verschiedenen Motiven, am vergangenen Sonntag aus ihren Herzen keine Mördergrube machten und die Sozialdemokratie aufreißten. Die Schüsse verfehlten jedoch ihr Ziel. Der sowjetzonale Ministerpräsident beklagte das Vorhandensein des "Sozialdemokratismus" in der Zone, warf den Funktionären des Dresdner Bezirks vor, daß sie noch "alten, überlebten Ansichten anhängen" und nannte in diesem Zusammenhang jeden Versuch, die Politik der SED zu unterstützen, ein "politisches Verbrechen". In schlichtes Deutsch übertragen heißt dies, daß nach vierzehnjähriger uneingeschränkter SED-Herrschaft die große Mehrheit der Arbeitnehmer in Mitteldeutschland in der verbannten und verfolgten Sozialdemokratie die Hoffnung für eine bessere Zukunft erblicken. Es ist den Herren in Pankow nicht gelungen, das Gefühl für die innere Einheit der Nation zu zerreißen, es macht sich kund in einem anhaltenden, für die SED nicht greifbaren Widerstand. Deshalb die Zornesausbrüche eines Grotewohl, deshalb das immer wiederkehrende, aber immer wieder schwindende Bemühen, die Sozialdemokratie zum Hauptschuldigen für die Misere des SED-Regimes zu stempeln.

Die wilden Ausfälle von Hassels gegen die gleiche, von Grotewohl vertretene Partei kommen zwar aus einem anderen Blickfeld, aber auch sie sind von der Furcht diktiert, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Lage sein könnte, einmal die CDU als beherrschende politische Kraft zur Abdankung zu zwingen. So greift der Mann aus Kiel wealghemut in die alte Kottenkiste und holt von dort heraus, was sich seiner Meinung nach nur herausholen läßt. Ein vergebliches Tun. Welche Frechheit und Skrupellosigkeit gehören dazu, wieder einen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Christentum zu konstruieren, zu einer Zeit, in der gläubige Christen beider großen Konfessionen in dieser Partei zusammenwirken. -

Die Partei eines Friedrich Ebert hat viele ihrer Gegner, die auf der Seite des Gesagten standen, überlebt, sie wird auch einen von Hassel und Grotewohl überleben ...